

Berlin Aktuell**Die Woche im Bundestag**

27.01.2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der vergangenen Woche habe ich ein Interview zum Thema Feinstaub und Fahrverbote in der Stuttgarter Zeitung gehalten. Dabei war es für mich wichtig, bei den Fakten zu bleiben. Unbestritten ist, dass die Autoabgase nur zu sechs Prozent zur Feinstaubbelastung beitragen. Ein großer Teil des Feinstaubes - in Stuttgart sind dies 39 Prozent - stammt aus Reifenabrieb, Bremsbeläge oder Wiederaufwirbelung. Das heißt, auch wenn wir komplett auf Elektromobilität umsteigen, würden wir kaum Feinstaub einsparen. Und dann gibt es noch 54 Prozent aus vielen anderen Feinstaubquellen.

Oberbürgermeister Kuhn aus Stuttgart und der grüne Verkehrsminister Hermann verbreiten immer wieder den Eindruck, wenn wir Diesel-Fahrverbote aussprechen ist das Problem gelöst. Ich halte das für eine ideologisch geprägte Politik, die Autos ver-teufelt. Davon halte ich nichts. Schließlich produziert Baden-Württemberg die effizientesten und sparsamsten Autos der Welt.

Wir brauchen jetzt eine ehrliche Debatte. Wir benötigen intelligente Lösungen. Ich denke an Verkehrsleitsysteme und grüne Wellen. An stark belasteten Ausfallstraßen hat sich gezeigt, dass durch intelligente Verkehrssteuerung viel Feinstaub vermieden wird und die Stickoxidbelastung sinkt. Notwendig ist auch die Umstellung der städtischen Personbeförderung. Der neue Euro-6-Standard für konventionelle Fahrzeuge wäre das Mindeste. Busse sollten aber auch auf emissionsarme Antriebstechniken umgestellt werden. Hier bieten sich viele Möglichkeiten. Die Stadt Stuttgart hätte die Möglichkeit, ein Modell- und Innovationszentrum zu werden, welche Technologien und Ideen zur weiteren Reduktion von Schadstoffen führen.

Ich erwarte da mehr als das ständige Drohen mit Fahrverboten. In fünf oder sechs Jahren, wenn ein Großteil der Autos mit abgasarmer Technik ausgestattet ist, werden die Emissionen aus dem Personenverkehr zurückgehen. Umweltzonen und blaue Plaketten sind unsozial und außerdem bürokratisch.

Das würde nämlich dazu führen, dass Menschen, die ein älteres Auto besitzen, nicht mehr in die Innenstädte fahren dürfen. Außerdem wird es unsere heimische Wirtschaft und Handwerk belasten.

Ich halte die Diskussion über Fahrverbote für brandgefährlich. Deutschland und besonders Baden-Württemberg sind Weltmarktführer in der Dieselsechnologie. Wir sägen an dem Ast, auf dem wir sitzen. Wir bauen in Deutschland nicht nur die sichersten, sondern auch die effizientesten und umweltfreundlichsten Autos der Welt. Und auch in Baden-Württemberg forschen und arbeiten wir schon an der Zukunft. Wir machen das aber mit etwas weniger Tamtam als Tesla. Wir brauchen auch in Zukunft starke Unternehmen mit guten Arbeitsplätzen. Wenn wir aber mit Fahrverboten so weitermachen, überdrehen wir die Schraube.

Herzliche Grüße

Gedenkstunde im Deutschen Bundestag

Im Bundestag haben wir zur Stunde der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Anlass war der Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz. Im Mittelpunkt stand in diesem Jahr die systematische Ermordung der Nazis von über 300.000 Menschen mit Behinderungen und Krankheiten.

Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung

In dieser Woche wurde im Deutschen Bundestag über den Jahreswirtschaftsbericht debattiert. Er beinhaltet die aktuellen Zahlen zur Wirtschafts- und Finanzpolitik. Darin geht es auch um die erwartete gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Die Daten sind eindeutig. Das Wirtschaftswachstum in Deutschland hält an. Für 2017 wird ein An-

Berlin Aktuell

Die Woche im Bundestag

27.01.2017

stieg des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,4% erwartet.

Auch der Arbeitsmarkt ist stabil. Die Arbeitslosigkeit befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Die Zahl der Erwerbstätigen und die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erreichten in 2016 einen neuen Höchststand. Die realen Bruttolöhne steigen. Gleichzeitig sinkt die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt noch einmal um etwa 50.000 Personen.

Nach dem Bericht erfüllt Deutschland die nationalen und die europäischen Regeln und baut seine Schuldenquote zügig ab. Deshalb konnten kürzlich die Bundesmittel für Verkehrsinfrastruktur, Breitbandausbau, Energieeffizienz sowie Klimaschutzmaßnahmen angehoben werden. Trotzdem dürfen wir uns nicht zurücklehnen. In Bereichen wie Fachkräftesicherung, Flexibilität des Arbeitsmarktes und die Bezahlbarkeit der Energieversorgung muss auch zukünftig stärker angepackt werden.

Körperkameras vermindern Angriffe auf Beamte

Die Sicherheit in Deutschland muss erhöht werden. Deswegen haben wir in der vergangenen Sitzungswoche über ein Gesetz gesprochen, das Polizisten besser schützen soll. So sollen Straftaten und Ordnungswidrigkeiten durch den Einsatz von sogenannten Bodycams besser verfolgt werden können. Mit der Änderung des Bundespolizeigesetzes werden polizeiliche Befugnisse ausgeweitet. So soll die Bundespolizei künftig automatische Kennzeichenlesesysteme nutzen, um bei Gefahren für die öffentliche Sicherheit die Fahndung nach Fahrzeugen und deren Insassen zu verbessern.

Mit Blick auf die polizeiliche Kriminalstatistik zeigt eine besorgniserregende Entwicklung. Die Hemmschwelle sinkt. Polizisten werden immer häufiger Opfer von Gewaltdelikten. Die Erfahrungen in einzelnen Ländern haben gezeigt, dass mobile Videotechnik erfolgreich zur Eindämmung von Gewaltdelikten gegen Polizisten eingesetzt werden kann.

Durch den Einsatz von körpernah getragenen Kameras wird auch die Möglichkeit zur Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten leichter.

Kurz notiert ! Kurz notiert ! Kurz notiert !

Rede im Deutschen Bundestag



Im Deutschen Bundestag wurde der Antrag der Linken zum Thema "Bundeseinheitliche Netzentgelte für Strom" diskutiert. Thomas Bareiß, Energiebeauftragter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion betonte, dass einheitliche Netzentgelte weder gerecht noch effizient seien. In Regionen mit verstärktem Zubau von erneuerbaren Energien entstünden nicht nur höhere Netzentgelte aufgrund höherer Investitionen in die Netze, sondern auch Wertschöpfung. Gerade für den ländlichen Raum in den Neuen Bundesländern, der besonders von höheren Netzentgelten betroffen ist, sei der Ausbau der erneuerbaren Energien ein wichtiges wirtschaftliches Betätigungsfeld, was gerade strukturschwachen Regionen helfe.

Mit Blick auf die anstehende Debatte zum Netzentgeltmodernisierungsgesetz, das in dieser Woche vom Bundeskabinett verabschiedet wurde, macht er deutlich, dass es eine konstruktive Diskussion brauche, um eine gerechte Kostenverteilung herzustellen. Man dürfe nicht nur über Kostenverteilung diskutieren, sondern müsse auch Kostenbegrenzungen in den Blick nehmen. Gerade die ostdeutschen Länder fordern derzeit eine Vereinheitlichung der Übertragungsnetzentgelte, die jedoch die Netzentgelte vor allem in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg negativ belasten würden.

Preisverleihung "Sterne des Sports" mit TSV Stetten a.k.M.

Unser Bundestagsabgeordneter Thomas Bareiß ist stolz auf das tolle Engagement des TSV Stetten a.k.M.! Heute war eine Delegation bei der Preisverleihung "Sterne des Sports" in Gold 2016 mit Bundespräsident Joachim Gauck. Auch wenn es nicht aufs Treppchen gereicht hat, können die Vereinsmitglieder stolz auf ihre Leistung sein. In mehr als 4000 Stunden wurde eine ehemalige Förderschule in ein modernes Fitness- und Gesundheitszentrum umgebaut. Dafür gab es 1000 Euro Preisgeld! Ein großer Dank richtete Thomas Bareiß auch an die Volksbank Albstadt, die ein tolles Programm mit Stadtrundfahrt auf die Beine gestellt hat.



Energierunde zum Sachstandsbericht der Energiewende

In seiner Funktion als Energiebeauftragter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion lud Thomas Bareiß seine Bundestagskollegen zu einem gemeinsamen Gespräch über den Sachstand der Energiewende ein. Dabei wurde über den Entwicklungsstand der aktuellen energiepolitischen Vorhaben, wie zum Beispiel der Energieeffizienz, EEG-Umlage, Eigenverbrauch, Netzentgelte und -ausbau gesprochen. Für Thomas Bareiß ist klar, dass die Energiewende nur mit, nicht gegen die Industrie, Wirtschaft und Bürger gestaltet werden kann. Technologieoffenheit, Wirtschaftlichkeit und Bezahlbarkeit haben dabei oberste Priorität.

Thomas Bareiß MdB im Interview

Das Interview führte Karlheinz Fahlbusch vom Südkurier



Sie haben mit großen Einsatz etwas geschafft, was niemand für möglich gehalten hat: Die Nordtrasse

wurde in den vordringlichen Bedarf aufgenommen. Ganz ehrlich: Haben Sie damit gerechnet?

Es war nicht gerade einfach. Die Nordtrasse ist ja beim letzten Verkehrswegeplan vor 15 Jahren rausgefallen. Auch die Landesregierung hatte die Maßnahme nicht priorisiert. Wir mussten starke Überzeugungsarbeit leisten, um Verkehrsminister Dobrindt und den Verkehrsausschuss von der Notwendigkeit zu überzeugen. Wir haben gute Argumente gesammelt und in vielen, vielen Gesprächen für uns geworben. Es war eine gemeinsame Kraftanstrengung und ich bin allen sehr dankbar für ihren Einsatz. Ich habe mich riesig gefreut, dass es geklappt hat, denn die Nordtrasse ist für unsere Region wichtig und wird neun Gemeinden entlasten.

Welchen Stellenwert hatten persönliche Beziehungen und Vernetzung?

Ich bin jetzt seit über elf Jahren im Bundestag, war immer ein Team-Spieler und habe auch im Bundestag Freundschaften geschlossen und ein enges Netzwerk gebildet. In diesem Fall haben mir der enge Kontakt zu Minister Dobrindt und der gute Draht zu den Kollegen aus dem Verkehrsausschuss, auch zum Beispiel in die SPD-Fraktion hinein, sehr geholfen. Ohne eine solche gute Zusammenarbeit wäre sowas nicht möglich.

Bei der Bundestagswahl 2013 erzielten Sie im Wahlkreis Zollernalb-Sigmaringen mit 60,7 Prozent der Erststimmen das beste Ergebnis in Baden-Württemberg und das zweitbeste CDU-Erststimmenergebnis deutschlandweit. Wie sieht Ihre Prognose für die kommende Bundestagswahl aus?

Wahlprognosen sind neun Monate vor der Wahl schwierig. Objektiv betrachtet geht es Deutschland so gut wie schon lange nicht mehr. Aber wir wissen auch, dass die Menschen sich Sorgen machen. Das darf man nicht schönreden. Die Menschen in meiner Heimat kennen mich und wissen, dass ich immer offen und glaubwürdig die Themen anspre-



Berlin Aktuell

Die Woche im Bundestag

27.01.2017

che. Manchmal bin ich deshalb auch innerhalb meiner eigenen Partei etwas unbequem. Aber letztendlich geht es mir immer um den Einsatz für die Menschen, mit Herz und Verstand. Ich hoffe, damit auch weiterhin die Menschen für die CDU und von mir überzeugen zu können.

Das Ergebnis wird vermutlich auch davon abhängig sein, inwieweit die Flüchtlingspolitik eine zentrale Rolle im Wahlkampf spielt. Was sagen Sie selbst: Schaffen wir das?

Ich will es nicht auf ein „Wir schaffen das!“ reduzieren. Die Flüchtlingswelle hat uns vor große Herausforderungen gestellt. Damit darf man die Menschen vor Ort nicht alleine lassen. Diejenigen, die Schutz brauchen, müssen Schutz bekommen, das steht außer Frage. Aber dieser Schutz darf nicht missbraucht werden – wer gegen unsere Gesetze verstößt, verwirkt sein Gastrecht und muss unser Land wieder verlassen. Wir haben bereits zahlreiche Verschärfungen des Asylrechts auf den Weg gebracht: Das Asylverfahren wurde beschleunigt, wir haben Abschiebehindernisse beseitigt, eine leichtere Ausweisung bei Straftaten und eine konsequente Rückführung von abgelehnten Asylanträgen ermöglicht. Wir hätten sicher noch mehr machen können, aber leider bremsen andere Parteien noch. Mit Sigmaringen und Meßstetten befinden sich zwei große Flüchtlingseinrichtungen in Ihrem Wahlkreis. Soll das auf Dauer so bleiben? Werden die Wünsche der Bevölkerung genügend berücksichtigt?

Das, was hier bei uns geleistet wurde, ist unglaublich beeindruckend! Wir dürfen aber die Menschen nicht überfordern. Die LEA in Meßstetten läuft deshalb zum Ende des Jahres aus – in Sigmaringen sieht das leider anders aus. Die bisherigen Pläne, in Sigmaringen bis zu 1250 Flüchtlinge aufzunehmen, gehen zu weit. Ich lehne das ab und habe das den Verantwortlichen in Stuttgart auch deutlich gesagt. Ich halte es für einen Skandal, dass in Tübingen eine neu gebaute Erstaufnahmestelle leer steht und Sigmaringen am Limit ist. Deshalb unterstütze ich die Stadt Sigmaringen, die sich für eine

Befristung der Erstaufnahmestelle sowie eine deutliche Reduktion der bisher geplanten Plätze einsetzt.

Die CSU fordert eine Obergrenze und konsequente Kontrollen an den Grenzen. Was fordert Thomas Bareiß?

So etwas wie 2015 darf es nicht nochmals geben. Wir können nicht jedes Jahr so viele Menschen aufnehmen. Eine exakte Obergrenze ist in der Praxis schwierig. Trotzdem müssen wir alles dafür tun, damit die Zahl von maximal 200 000 Flüchtlingen nicht überschritten wird. Ich erwarte hier auch eine größere Solidarität in Europa. Außerdem brauchen wir sichere EU-Außengrenzen. Wir müssen wissen, wer sich bei uns im Land aufhält und brauchen schon an den Grenzen zentrale Aufnahmestellen. Zukünftig können wir nicht jeden nach Europa lassen.

Sie zählen in der CDU zum konservativen Flügel. Was verstehen Sie unter konservativ?

Konservativ hat für mich viel mit Erhalt von Werten, Heimat und Tradition zu tun. Auch Schutz und Sicherheit verbinde ich sehr stark mit konservativ. Der Konservative bewahrt das Beste vom Alten und ist zugleich offen für den Fortschritt. In einer Zeit, die mit vielen Unsicherheiten und Veränderungen verbunden ist, ist eine gesunde, konservative Einstellung sehr modern, finde ich.

Es wird immer wieder über unsere Werte gesprochen, die es zu verteidigen gilt. Was sind diese Werte konkret?

Unsere Werte sind eine Errungenschaft unserer, vor allem christlich geprägten, Geschichte. Die gilt es zu verteidigen. Was heißt das konkret? Zwangs- und Kinderehen, Ehrenmorde oder eine Shariajustiz, wie sie heute auch bei uns immer öfter vorkommen, verstoßen nicht nur gegen unser Rechtssystem, sie verschieben auch unsere Werte. Ein anderes Beispiel: Die Gleichberechtigung von Mann und Frau wird von vielen Muslimen nicht ak-



Berlin Aktuell

Die Woche im Bundestag

27.01.2017

zeptiert. Einige muslimische Frauen verschleiern sich in der Öffentlichkeit. Das ist für uns unangenehm, weil wir den Menschen gerne und offen ins Gesicht schauen möchten. Die Verschleierung ist für mich ein Zeichen der politischen Unterdrückung der Frau. Für mich ist deshalb das Tragen eines Kopftuchs einer Lehrerin im Schulunterricht ein Unding. Diese Beispiele ließen sich noch lange fortsetzen. Oft haben wir tatenlos zugesehen, dass sich Parallelgesellschaften entwickeln. Schlimmer noch, manche politisch Verantwortlichen meinen, dass wir anderen Werten und Rechtsverständnissen gegenüber milde sein sollten. Das finde ich brandgefährlich. Naiv-romantische Multikulti-Träumereien sollten wir schleunigst ablegen.

Sie sind ein Kenner der Türkei und haben dorthin gute Beziehungen. Wie sehen Sie die Entwicklung dort? Sollen die EU-Beitrittsgespräche weiter geführt werden?

Das was derzeit in der Türkei passiert, macht mir große Sorgen. Das Land kommt nicht zur Ruhe. Der Terrorismus hat schon so viele Opfer gefordert. Das ist einfach nur schrecklich. Eigentlich sollten wir jetzt ganz eng mit unseren türkischen Freunden zusammen stehen. Aber das Verhalten und die Reaktion von Präsident Erdogan sind für mich nicht zu tolerieren. Die zahllosen Verhaftungen in den letzten Monaten verbreiten eine Stimmung von Angst und Schrecken im ganzen Land. Die Freiheit wird in vielen Bereichen enorm eingeschränkt. Die Türkei entfernt sich damit immer mehr von Europa. Leider! Für mich machen Gespräche über einen EU Beitritt derzeit offen gestanden keinen Sinn.

Sie sind Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie des Bundestags. Halten Sie die Energiewende für machbar? Früher waren Sie Verfechter der Atomenergie. Gab es einen Sinneswandel?

Schon heute haben wir viel erreicht. Ein Drittel unseres Stroms stammt aus erneuerbaren Energien. Wir sind beim Energiesparen Spitze und Vorbild für viele andere Länder. Es entstehen tolle neue Technologien. Komplette auf Kohle und Kernenergie

zu verzichten bedeutet aber noch eine enorme Kraftanstrengung. Die Energiekosten müssen auch weiterhin für alle bezahlbar bleiben. Auch der Zubau an Windenergie sollte nur da, wo er sinnvoll ist, erfolgen. Das sind alles Themen, die die Menschen bewegen. Wir haben uns enorm viel vorgenommen, aber wir sind auf dem richtigen Weg. Andere Länder gehen andere Wege bei der Wahl ihres Energiemixes, an uns liegt es jetzt zu beweisen, dass unser Weg richtig ist. Das ist eine spannende Aufgabe und ich bin ein Stück weit stolz, dass ich in Berlin als Energiebeauftragter daran mitarbeiten kann.

Viele Menschen fragen sich, was der Bundeswehreininsatz in Afghanistan tatsächlich gebracht hat, nachdem die Taliban dort immer mehr Einfluss haben. Nun wird das Engagement in Mali weiter ausgebaut. Haben wir aus Afghanistan nichts gelernt, oder sind die Grundlagen in Afrika anders?

Ich kann die Bedenken zu Afghanistan gut verstehen. Der Einsatz war dort aber nicht umsonst, denn das Land konnte wieder stabilisiert werden. Es wurden beispielsweise viele Schulen gebaut und die Jugend bekommt wieder eine Schulbildung, was unter den Taliban nicht möglich war. Das Leben in Afghanistan hat sich in vielen Bereichen verbessert und jetzt muss es weiter gehen. Wir geben jährlich 430 Millionen Euro Entwicklungshilfe nach Afghanistan. Das ist ein ganz wichtiger Beitrag, um Perspektiven zu schaffen und Fluchtursachen zu bekämpfen. Und das Gleiche gilt auch für Afrika. Mit dem Einsatz in Mali helfen wir, Sicherheit und Stabilität im Land wiederherzustellen. Als eines der größten und reichsten Länder dieser Erde hat Deutschland auch für den Frieden in der Welt eine große Verantwortung.



Termine (Auswahl)

Freitag, 27. Januar 2017
09.00 Uhr Gedenkstunde anlässlich des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, Berlin
19.00 Uhr Neujahrsempfang des CDU Kreisverbandes Sigmaringen mit dem Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg Manuel Hagel MdL, Sigmaringen

Montag, 30. Januar 2017
19.00 Uhr Vorstandssitzung des Kreisverbandes der CDU Zollernalb, Haigerloch

Dienstag, 31. Januar 2017
12.00 Uhr Gespräch mit Landeshauptmann von Vorarlberg Markus Wallner, Bregenz
16.00 Uhr Gespräch mit den Kreishandwerkern und Obermeistern, Rangendingen
19.30 Uhr Sitzung des Bezirksvorstandes der CDU Württemberg-Hohenzollern, Andelfingen

Mittwoch, 01. Februar 2017
10.00 Uhr Gespräch mit dem technischen Vorstand der Hohenzollerischen Landesbahn, Hechingen
20.00 Uhr Sitzung des Beirats von Pro Regio Stadtbahn e.V., Tübingen

Donnerstag, 02. Februar 2017
10.30 Uhr Besuch der Theben AG, Haigerloch
16.30 Uhr Besuch beim Landwirt Dilger, Ostrach
19.30 Uhr Öffentliche Veranstaltung der CDU Hohentengen, Hohentengen

Freitag, 03. Februar 2017
11.00 Uhr Gespräch mit der Bezirksvereinigung der Volks- und Raiffeisenbanken Ravensburg-Bodensee-Sigmaringen, Bad-Saulgau
18.00 Uhr Verabschiedung des Ortsvorstehers in Frommern Hans Uhl, Balingen-Frommern

06. Februar – 08. Februar 2017

Informationsreise der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag in Paris

13. Februar – 17. Februar 2017

Sitzungswoche des Deutschen Bundestages

Newsletter abbestellen:

Sollten Sie sich nicht mehr für das „Berlin Aktuell“ von Thomas Bareiß MdB interessieren, können Sie dieses unter der E-Mail-Adresse thomas.bareiss.ma04@bundestag.de abbestellen. Da Thomas Bareiß ein ständiges Interesse daran hat, Ihre Meinung zu erfahren, würde er gerne wissen, warum Sie das „Berlin Aktuell“ nicht mehr bekommen möchten. Er würde sich sehr freuen, wenn Sie ihm Ihren Abmeldegrund sowie sonstige Kritik und Hinweise senden würden. Herzlichen Dank!